

Finanzmonitoring: Bildung

Qualitätsverbesserungen: mehr als nur eine Geldfrage

17. Mai 2004 Nummer 20 5. Jahrgang

dossierpolitik

Rote Karte für die Ausgabenentwicklung 2001

Für den Bereich Bildung gab die öffentliche Hand im Berichtsjahr 2001 im Vergleich zum Vorjahr 5,5 Prozent mehr aus. Das Ausgabenkonzept von *economiesuisse* sieht für diesen Aufgabenbereich eine Zielentwicklung der konsolidierten staatlichen Gesamtausgaben von 2,6 Prozent pro Jahr vor. Sowohl dieser Wert als auch die Trendentwicklung von jährlich 4,5 Prozent werden überschritten. Zu Buche geschlagen haben vor allem Mehrausgaben für die Hochschulen. Im Zeitraum 1999 bis 2001 legten die Bildungsausgaben um durchschnittlich 4,7 Prozent pro Jahr zu, was ebenfalls über dem Zielpfad wie auch dem Trend liegt.

Die vorliegende Ausgabe *dossierpolitik* ist Bestandteil eines umfassenden Monitorings der öffentlichen Ausgaben. Anknüpfungspunkt bildet das von *economiesuisse* 2002 publizierte Ausgabenkonzept. Basierend auf diesen Prognosen wird die effektive Ausgabenentwicklung jedes Bereichs aktualisiert. Ziel ist es festzustellen, ob und wo sich die Ausgaben nachhaltig entwickeln.

Die konsolidierten Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungen erhöhten sich im Berichtsjahr 2001 um 4,9 Prozent. Im Bereich Bildung stiegen die Ausgaben überproportional auf 24,1 Mrd. Franken. Auf dieses gewichtige Aufgabengebiet entfielen wie im Vorjahr 15,0 Prozent der Gesamtausgaben der öffentlichen Hand, leicht weniger als zu Beginn der 90er Jahre (15,9 Prozent). Im Ausgabenkonzept wird bis 2010 eine Dämpfung des Ausgabenwachstums auf jährlich 2,6 Prozent für machbar gehalten. Für die Gesamtausgaben lautet die Vorgabe 1,8 Prozent pro Jahr.

Schwergewichtig eine kantonale Aufgabe

Die Volksschulen, bestehend aus Primarschulen und Sekundarstufe I (Sekundar-, Realschulen), machen 2001 mit 12,3 Mrd. Franken über die Hälfte der gesamten Bildungsausgaben von 24,1 Mrd. Franken aus. Sie werden fast vollständig von Gemeinden und Kantonen finanziert.

Für die (*höhere*) *berufliche Ausbildung* kommen die öffentliche Hand und die Wirtschaft gemeinsam auf. Die Hauptlast des Staatsanteils von insgesamt 3,3 Mrd. Franken liegt bei den Kantonen.

Die *allgemein bildenden Schulen (Maturitätsschulen)* mit Aufwendungen von 1,9 Mrd. Franken werden zu 96 Prozent von den Kantonen getragen.

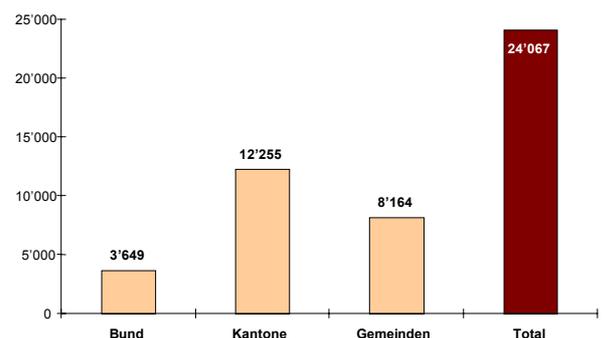
Die Hochschulen (ETH, Universitäten, Fachhochschulen) haben unterschiedliche Trägerschaften. An den Ausgaben von 5,4 Mrd. Franken partizipieren der Bund zu 44,6 und die Kantone zu 55,2 Prozent. Der Bund beteiligt sich an den Fachhochschulen in seinem Kompetenzbereich mit einem Drittel, an den kantonalen Hochschulen

mit gegen einem Sechstel. Die ETH werden vollständig durch den Bund getragen. Die Überführung von höheren Fachschulen in Fachhochschulen – und damit vom Berufsbildungs- in den Hochschulbereich – hat die Hochschulsausgaben 2000 im Vergleich zum Vorjahr um rund ein Viertel ansteigen lassen. Umgekehrt sind die Ausgaben für höhere Berufsbildung um zwei Drittel gesunken. 2001 hat sich diese Entwicklung abgeschwächt fortgesetzt.

Der Posten *Übriges* besteht vorwiegend aus Aufwendungen für die Grundlagenforschung (0,7 Mrd. Franken ausschliesslich auf Stufe Bund) und aus sonstigen Verwaltungskosten. Die Ausgaben für die Forschung im weiten Sinn sind jedoch auf viele Institutionen und verschiedene Aufgabengebiete verteilt. Die Aufwendungen für die angewandte Forschung (0,7 Mrd. Franken) sind in den jeweiligen Bereichen (Energie, Verkehr, Gesundheit, Landwirtschaft usw.) verbucht und deshalb nicht in den Zahlen der Grafik auf Seite 2 „Ausgaben für Bildung – Aufteilung nach Funktionen“ enthalten. Zählt man sie hinzu, so kommt man für den Bund insgesamt auf Forschungsausgaben von 1,4 Mrd. Franken. Die Grundlagenforschung umfasst dabei nationale Forschungsaktivitäten und internationale Forschungsprogramme. In einigen Fällen sind die Grenzen zur angewandten Forschung fließend.

Ausgaben für Bildung

Aufteilung nach Staatsebene (2001, in Mio. Franken)



Quelle: EFD, öffentliche Finanzen der Schweiz 2001

Ausgabenentwicklung: Höhere Investitionen in die Bildung

Bisherige Entwicklung

Die Nachfrage nach Bildungsleistungen wird von der Anzahl Schüler, Lehrlinge und Studenten, der Ausbildungsdauer sowie der gewünschten Qualität der Ausbildung bestimmt. Im letzten Jahrzehnt dürfte die demographische Alterung der Gesellschaft infolge steigender Lebenserwartung und niedrigerer Geburtenrate die gesamte Kostenentwicklung eher stabilisierend beeinflusst haben. Jedoch hat die Zahl der Schüler in den allgemein bildenden Schulen und der Studierenden auf Tertiärstufe kontinuierlich zugenommen. Auf der Angebotsseite bleibt der Personalaufwand der bestimmende Ausgabenfaktor, dies besonders bei Volksschulen und allgemein bildenden Schulen, zunehmend aber auch auf Tertiärstufe. Für den ganzen Bildungs- und Forschungsbereich entfallen auf die Personalkosten rund zwei Drittel der Gesamtausgaben. Die Entwicklung des Personalaufwands war wesentlich von der generell moderaten Lohnentwicklung im öffentlichen Sektor geprägt, wobei das Lohnniveau im öffentlichen Sektor ohne Arbeitsplatzrisiko relativ hoch ist. Mehrausgaben verursachten unter anderem der Aufbau der Fachhochschulen, ein grösseres Engagement für die Berufsbildung (z.B. im Informatikbereich), die Förderung der Grundlagenforschung, Lohnforderungen der Lehrer und diverse Schulreformen bei den Volksschulen.

Trendentwicklung

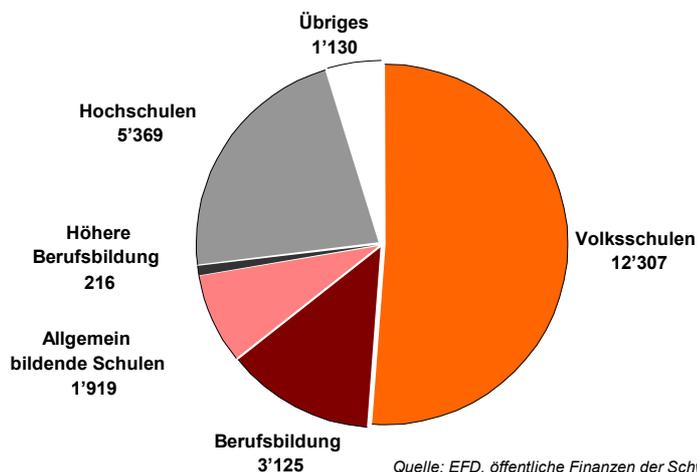
Längerfristig setzt sich der demographische Trend einer tiefen Geburtenrate verstärkt fort – mit entsprechenden Folgen für die Gesamtzahl von Schülern, Lehrlingen und

Studenten. Auf die Ausgaben sollte dies stabilisierend wirken. Laut Bundesamt für Statistik dürfte die Zahl der Lernenden in der obligatorischen Schule bis 2012 um zehn Prozent zurückgehen. Allenfalls könnte eine verstärkte Einwanderung diesem Trend entgegenwirken. Ein Andrang auf universitärer Stufe ist jedoch ohne Gegenmassnahmen voraussehbar. In einigen Kantonen bestehen zudem bei der Lehrerschaft Begehren nach höheren Löhnen und nach der Abgeltung von privat erbrachten Leistungen. Gefordert werden ferner weniger Pflichtlektionen und kleinere Schulklassen. Darüber hinaus sind zum Teil aufwändige Reformvorhaben, insbesondere bei Volksschulen, zu beobachten. So sollen etwa das Frühenglisch und der Informatikunterricht eingeführt bzw. gefördert und mehr Geld für Teamarbeit und Schulleitung eingesetzt werden. Geld kosten sodann die von den kantonalen Erziehungsdirektoren angekündigten Massnahmen gegen Leseschwäche. Damit soll auf die PISA-Studie reagiert werden, die eine mässige Lesekompetenz der Volksschüler zutage förderte. Vorgesehen sind zum Beispiel die konsequentere Förderung der Standardsprache, Förderunterricht für Fremdsprachige und die Einrichtung ausserschulischer Betreuungsangebote (Kinderhorte, Mittagstische, Aufgabenhilfen).

Expansive Impulse empfangen die Bildungsausgaben ferner von den laufenden Reformen bei der Berufsbildung und der tertiären Ausbildung, der Förderung der Grundlagenforschung (u.a. im Rahmen des bilateralen Forschungsabkommens Schweiz–EU) sowie der generell höheren Priorität für die Bildung und Forschung. Zuvor hat der Anteil der gesamten öffentlichen und privaten Ausgaben der Schweiz für Forschung und Entwicklung am BIP zwischen 1990 und 2000 von 2,8 auf 2,6 Prozent abge-

Ausgaben für Bildung

Aufteilung nach Funktionen (2001, in Mio. Franken)



Quelle: EFD, öffentliche Finanzen der Schweiz 2001

nommen. In anderen Ländern sind die Forschungsaufwendungen jedoch gestiegen.

In einem in der Wintersession 2003 durch das Entlastungsprogramm leicht reduzierten Paket für die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie (BFT) bewilligte das Parlament einen Vierjahreskredit (2004 bis 2007) von rund 17 Mrd. Franken für die ETH, die Forschung, die Universitäten, die Fachhochschulen und die Berufsbildung. Gegenüber dem Rahmenkredit 2000 bis 2003 bedeutet dies eine Zunahme von gegen 3 Mrd. Franken. Die Aufwendungen sollen von 2004 bis 2007 jährlich um 4,8 Prozent wachsen. So beinhaltet etwa das neue Berufsbildungsgesetz ein erheblich grösseres Bundesengagement für die Berufsbildung. Der Anteil des Bundes an den öffentlichen Aufwendungen soll von etwa 16 auf 25 Prozent steigen. Mehr Mittel erfordert sodann die vor den eidgenössischen Räten liegende Revision des Fachhochschulgesetzes. Sie bezweckt in erster Linie die Integration der Bereiche Gesundheit, Soziales und Kunst sowie die Verankerung der Studienstruktur Bachelor/Master (Bologna-Modell).

Der Drang an die universitären Hochschulen ist ungebrochen und hat einen höheren Finanzbedarf zur Folge, insbesondere für die Verbesserung der Betreuungsverhältnisse. Die Zahl der Studienanfänger stieg zwischen 1980 und 2001 um 55 Prozent auf 17'500. Gemäss Prognosen des Bundesamts für Statistik wird diese Tendenz bis 2010 anhalten (plus 15 Prozent). 2001 waren 100'000 Studierende immatrikuliert, verglichen mit 60'000 im Jahr 1980.

Generelle Gründe dafür, dass die Schweiz im Schnitt aller Ausbildungsstufen im OECD-Vergleich bei den Kosten pro Lernenden einen Spitzenrang einnimmt, sind das hohe

Lohnniveau der Lehrer, die gute schulische Infrastruktur, relativ kleine Klassen, die Gliederung des Bildungssystems in 26 kantonale Hoheiten und mehrere Sprachräume, ferner die lange Lernzeit. Ins Gewicht fällt schliesslich auch die aufgeblähte Bildungsbükratie der Schweiz.

Angesichts der vielfältigen im Raum stehenden Mehrbelastungen ist insgesamt von einem deutlich überproportionalen Ausgabenzuwachs im Bildungsbereich auszugehen. Mit der Umsetzung der im Ausgabenkonzept beschriebenen Leitlinien und Massnahmen für ein effizientes Ausbildungssystem sollte es allerdings möglich sein, das durchschnittliche Ausgabenwachstum auf 2,6 Prozent pro Jahr zu konzentrieren (siehe Grafik Seite 4).

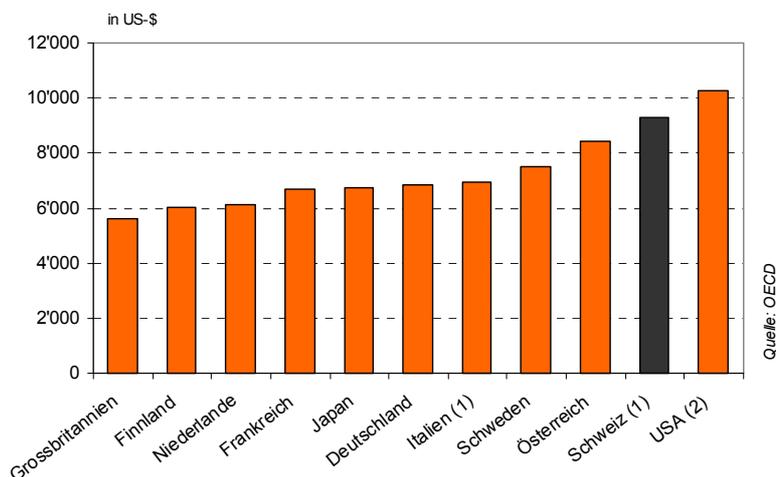
Rote Karte für die effektive Ausgabenentwicklung

Die Bildungsausgaben sind im Berichtsjahr 2001 gegenüber dem Vorjahr um 5,5 Prozent gestiegen. Dies überschreitet sowohl die Ziel- als auch die Trendentwicklung von 2,6 bzw. 4,5 Prozent und bedeutet eine rote Karte (siehe Grafik Seite 4). Seit 1999 wurden im Mittel 4,7 Prozent pro Jahr mehr ausgegeben, weshalb auch im Zweijahresvergleich die rote Karte gezogen werden muss. Diese Ausgabenentwicklung liegt ferner über der durchschnittlichen Zunahme von jährlich 3,2 Prozent im Zeitraum 1990 bis 2000. Verantwortlich für den gestiegenen Mittelbedarf sind mit praktisch gleichen Zuwachsraten (zwischen 5,5 und 5,6 Prozent) sowohl Bund, Kantone als auch Gemeinden. In absoluten Zahlen schenken die Mehrausgaben bei den Kantonen mit rund 650 Mio. Franken am meisten ein.

Zu Buche geschlagen haben 2001 vor allem Mehrausgaben von 12,6 Prozent für die Hochschulen. Am tiefsten zusätzlich in die Kasse gegriffen haben die Kantone, die

Bildungsausgaben pro Schüler/Studierenden, 2000

In US-Dollar (kaufkraftbereinigt)



(1) Nur öffentliche Bildungseinrichtungen

(2) Nur öffentliche und unabhängige private Bildungseinrichtungen

ihre Hochschulausgaben um 16,3 Prozent auf rund 3 Mrd. Franken steigerten. Stark zugelegt haben mit 8,1 Prozent auch die Aufwendungen des Bundes, der sich die Hochschulen 2,4 Mrd. Franken kosten liess. Darin kommt die verstärkte Förderung der kantonalen Universitäten und der ETH zum Ausdruck. Einen erheblichen Mittelbedarf erforderte ausserdem der Ausbau der Fachhochschulen. Höher dotiert waren ferner die Grundlagenforschung und die angewandte Forschung.

Mehr wurde auch für die Volksschulen (plus fünf Prozent auf 12,3 Mrd. Franken) ausgegeben. Allein die Gemeinden investierten 7,6 Mrd. Franken, sechs Prozent mehr als im Vorjahr. Hier schenken u.a. Projekte wie Teamarbeit, Schulleitung, Fremdsprachenunterricht und Informatik ein. Die Berufsbildung absorbierte mit 3,1 Mrd. Franken 6,5 Prozent mehr öffentliche Mittel. Als Folge des neuen Berufsbildungsgesetzes steigt das Engagement der öffentlichen Hand.

Da sich die effektive Ausgabenentwicklung im Bildungsbereich nicht auf Zielkurs befindet, gilt es nach wie vor, die im Ausgabenkonzept vorgeschlagenen Leitlinien für Reformen zu berücksichtigen.

Leitlinien für Reformen: die Ressourcen effizienter einsetzen

Mehr Bildungsinvestitionen haben den Zweck, das Ausbildungsniveau zu heben, was wiederum über eine höhere Produktivität das Wirtschaftswachstum steigert. Die geplanten und zum Teil schon laufenden Reformen zur Stär-

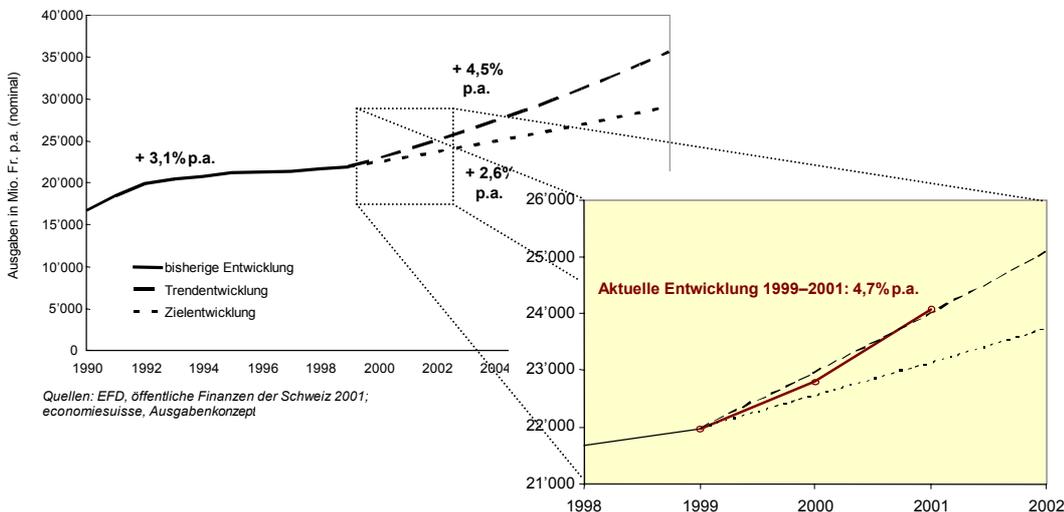
kung des schweizerischen Bildungssystems sind zu unterstützen. Eine höhere Priorität für die Bildung ist notwendig, denn die Schweiz braucht weiterhin ein starkes staatliches Bildungssystem, das Chancengleichheit für alle gewährleistet und dem internationalen Wettbewerb standhält. Dies sollte jedoch primär über strukturelle Reformen erzielt werden, um die vorhandenen Mittel mit grösserem Wirkungsgrad einsetzen zu können. Die Kantone sollten verstärkt untereinander kooperieren.

Zwischen den Bildungsausgaben und den Leistungen der Schüler besteht kein gesicherter statistischer Zusammenhang. Qualitätsverbesserungen erreicht man in aller Regel nicht einfach mit mehr Geld, sondern über Struktur-reformen. So hängen die Leistungen der Schüler gemäss den Erkenntnissen der Bildungsökonomie weit mehr von institutionellen Faktoren wie der Schulautonomie, den Einflussmöglichkeiten der Lehrer auf die Schülerlaufbahn, dem Wettbewerb durch private Schulen, der Organisation des Prüfungssystems sowie vom familiären Hintergrund der Schüler ab als von der Ressourcenausstattung.

Die einzelnen Bildungsstufen

Grundschulen: Das heutige System der öffentlichen Grundschulen hat einen relativ hohen Stand. Da die primäre Ausbildung erhebliche positive externe Effekte hat, sind auf dieser Stufe Skepsis gegenüber Privatisierungsbestrebungen angebracht. Privatschulen sollen aber komplementär zu den öffentlichen Schulen wirken können, um einen qualitativen Wettbewerb zu fördern. Ein generell

Ausgaben für Bildung 1990 bis 2010, in Mio. Franken
Monitoring auf der Basis des Ausgabenkonzepts



früherer Schuleintritt drängt sich auf, da dieser in der Schweiz im internationalen Vergleich relativ spät erfolgt.

Berufslehre und -matura: Die Attraktivität des dualen Bildungswegs muss erhalten bzw. gesteigert werden. Am Ende der obligatorischen Schulzeit soll die Berufsausbildung Jugendlichen als gleichwertige Alternative zu Maturitätsschulen offen stehen. Das neue Berufsbildungsgesetz bringt diesbezüglich wertvolle Fortschritte. Die Einführung der Berufsmatura und die Möglichkeit zur Weiterbildung an Fachhochschulen mit erleichteter Durchlässigkeit bis zum Universitätsstudium sind wichtige Reformelemente. Einheitliche Grundregelungen auf Bundesstufe erhöhen die Transparenz und Vergleichbarkeit. Die Berufslehre und -matura ist eine Verbundaufgabe von Wirtschaft, Kantonen und Bund, wobei die Wirtschaft weiterhin einen grossen Teil der Verantwortung tragen soll.

Gymnasien: Die Maturität sollte früher abgeschlossen werden. Die Verkürzung der Ausbildungsdauer am Gymnasium um ein halbes Jahr ist zu begrüssen. Angesichts des grossen Anteils Studienabbrecher nach dem ersten Jahr an der Universität muss die Selektionsfunktion des Gymnasiums im Hinblick auf das Universitätsstudium unbedingt wieder stärker wahrgenommen werden – auch um die Gleichbehandlung zum Zugang über die Fachhochschulen sicherzustellen. Wenn die Maturität nicht stärker selektioniert, werden Eintrittsprüfungen für Hochschulen längerfristig unvermeidbar sein.

Hochschulen: Die Stärkung der Hochschullandschaft wird ein zentraler Faktor für den Forschungs- und Wirtschaftsplatz Schweiz im 21. Jahrhundert sein. Die dabei notwendigen Reformen erfordern nicht nur eine stärkere Gewichtung des staatlichen Engagements gegenüber den anderen Aufgabengebieten, sondern vor allem eine Effizienzsteigerung im ganzen Wissenschaftssystem. Der Bund sollte seine Koordinationsfunktion in Zukunft stärker auf die Festlegung formaler Aspekte beschränken und ein einheitliches Finanzierungsregime für alle Hochschulen mit leistungsorientierten Beiträgen anwenden. Durch grössere Autonomie, mehr Wettbewerb vor allem im internationalen Rahmen und Differenzierung der Universitäten könnten die eingesetzten Ressourcen effizienter verwendet sowie Doppelspurigkeiten abgebaut werden. Die vor gut fünf Jahren eingeleiteten strukturellen Reformen sollen fortgesetzt werden, wie es der BFT-Beschluss vorsieht. Es geht um bessere Aufgabenteilung und Zusammenarbeit sowie Qualitätssicherung in Lehre und Forschung. Indem sie sich spezialisieren und dank der Entlastung durch die Fachhochschulen können die schweizerischen Universitäten vermehrt Zentren der internationalen Exzellenz schaffen.

Das Bachelor/Master-System, welches nun sukzessive eingeführt wird, sollte nicht nur die Mobilität national und

international erleichtern, sondern auch die Durchlässigkeit zur Berufswelt erhöhen und die Studienzeit verkürzen. Die Studiengebühren sollten erhöht werden, um Anreize für einen zügigen Studienabschluss zu schaffen, um zusätzliche Mittel für die Institutionen – namentlich zur Verbesserung der Betreuungsverhältnisse – aufzubringen und auch um den Wettbewerb zwischen den Universitäten über die Nachfrage spielen zu lassen. Damit die Chancengleichheit gewährleistet bleibt, ist das System von Darlehen zu günstigen Konditionen zu verstärken. Höhere Studiengebühren dürfen für den Staat kein Anlass sein, seine Mittel zu kürzen.

Forschung: Die freie Grundlagenforschung wurde in den letzten Jahren zugunsten der angewandten Forschung zurückgedrängt. Zweckdienlicher wäre angesichts des heutigen Wissenschaftsgeschehens eigentlich die Unterscheidung in lang-, mittel- und kurzfristige Forschung. Das Schwergewicht der staatlichen Finanzierung muss bei der langfristig angelegten Forschung liegen. Sie erzeugt nicht nur die stärksten externen Effekte, sondern sie ist auch politisch am verletzlichsten; denn die Politik hat in aller Regel eine höhere Präferenz für die Gegenwart als die Zukunft. Kreativität und Vielfalt in der zweckfreien Forschung als Basis für neues verwertbares Wissen ist für die Schweiz zentral. Angewandte bzw. kurzfristige Forschung sollte primär von privaten Unternehmen betrieben werden. Mit der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) steht ein bewährtes Instrument zur Verfügung, unternehmenseigenes Innovationspotenzial und wissenschaftlich-technische Kompetenz der Hochschulen zusammenzubringen. Auch in der Wissensproduktion gibt es eine internationale Arbeitsteilung. Die Schweiz kann deshalb nicht alle Disziplinen pflegen, sondern muss sich auf Schwerpunktfelder konzentrieren, die für ihre Volkswirtschaft zentral sind.

Kommentar

Die stärkere Gewichtung des Bildungsbereichs gegenüber anderen Aufgabengebieten ist an sich zu begrüssen. Doch soll der Bildungsfranken möglichst wirksam eingesetzt werden. Hier bestehen noch Defizite. Vor allem im Hochschulbereich sind Massnahmen mit einer erheblichen finanziellen Potenzialwirkung zu treffen. Zu viel Geld versickert in nicht effizienten Strukturen. Das höhere finanzielle Engagement der öffentlichen Hand muss an strukturelle Reformen gebunden werden.

In erster Linie geht es darum, den „Kantönligeist“ zu überwinden, mit anderen Worten Doppelspurigkeiten abzubauen und Kompetenzzentren zu bilden, die auch im internationalen Wettbewerb mithalten können. Es geht nicht darum, die Zahl der Hochschulen zu verringern, sondern diese müssen sich vermehrt auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren. Entwicklungen in diese Richtung sind im Gang. So bereinigt etwa die Universität Basel ihr Fächer-Portfolio und setzt auf den Bereich Life Sciences als Schwerpunkt. Dasselbe tut die ETH, die unter anderem den Life Sciences, der Mikro- und Nanotechnologie, den Informations- und Materialwissenschaften sowie Umweltsystemen Priorität einräumt. Die Universität Neuenburg plant die Wirtschaftswissenschaften an die Universität Lausanne zu verlegen. Ferner bestehen angesichts der enormen Kostenentwicklung Szenarien für eine Konzentration auf noch drei medizinische Fakultäten. Verschiedene Fachhochschulen haben sich zu Fachhochschulverbänden zusammengeschlossen, um Doppelspurigkeiten abzubauen. Die Regierungen des Kantons Aargau und der beiden Basel haben sich gar auf eine Fusion ihrer Fachhochschulen zur Fachhochschule Nordwestschweiz geeinigt. Der kürzlich vorgestellte Masterplan von Bund und Kantonen für die Fachhochschulen zeigt erfreulicherweise ein erhebliches Einsparpotenzial auf, ohne die Ausbildungsqualität zu beeinträchtigen.

Das Paket des Bundes für die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie (BFT) mit dem Vierjahreskredit 2004 bis 2007 sieht Bestrebungen zur Erhöhung der Ef-

fizienz vor. Das Ziel besteht zu Recht darin, die Universitäten mitsamt den ETH in einem schweizerischen Verbund näher zusammenzuführen und zugleich Leistungsanreize zu schaffen. Realisiert werden soll dies unter anderem mit der leistungsabhängigen oder projektgebundenen Zusprache der Bundesbeiträge, der Gewährleistung einer Qualitätssicherung und den nationalen Forschungsschwerpunkten als Instrumente der Konzentration und Vernetzung. Als Koordinationsorgan wurde die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK) gegründet, eine gemeinsame Behörde des Bundes und der Kantone mit Entscheidkompetenz. Daneben besteht hingegen noch eine Vielzahl von Institutionen, die beraten und Ausgabenprogramme abwickeln. So befassen sich zum Beispiel zwei Bundesämter, das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft sowie das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie, mit dem Bildungsbereich. Für einen wirkungsvollen Einsatz der öffentlichen Mittel ist es notwendig, das Dickicht der Bildungsbürokratie zu durchforsten und mit transparenten Strukturen den Wirrwarr der Zuständigkeiten zu beseitigen.

Die Studienzeit ist zu verkürzen. Ein geeignetes Mittel dazu ist das Bachelor/Master-System, welches sich im Stadium der Einführung befindet. Vor allem die Bachelor-Studiengänge sind so zu gestalten, dass das entsprechende Hochschuldiplom den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht. Einen Anreiz für ein effizientes Studium könnten ferner höhere Studiengebühren in Kombination mit einem sozialverträglichen Darlehenssystem schaffen. Damit wären die Betreuungsverhältnisse zu verbessern, was zusätzlich einen rascheren Studienabschluss begünstigt. Der Staat hat weiterhin die Grundfinanzierung der Hochschulen sicherzustellen und darf seine Mittel nicht zurückfahren.

Bei den Volksschulen ist zu beobachten, dass sie immer mehr Aufgaben zu erfüllen haben (therapeutische, erzieherische, sozialpädagogische usw.). Effizienzsteigerungen könnten sich ergeben, wenn der Auftrag klar und eng definiert, dafür konsequent umgesetzt wird. Sparpotenzial

besteht ferner bei Bau und Bewirtschaftung der Infrastruktur. Was das Lehrpersonal betrifft, so setzt das Ausgabenkonzept den Akzent sowohl bei den Volks- als auch den Mittelschulen auf Sicherung der Qualität statt generellen Ausbau der Bestände. Im Volksschulbereich sind Überkapazitäten angesichts mittelfristig sinkender Schülerzahlen zu vermeiden. Dem Anliegen, die Attraktivität der Berufsbildung zu erhalten oder gar zu steigern, trägt das neue Berufsbildungsgesetz Rechnung.

Eine qualitätsorientierte Bildungspolitik fördert das Wachstum, sichert Arbeitsplätze und trägt entscheidend zur Standortattraktivität bei. Eine hohe Qualität der Bildung ist allerdings nicht nur eine Frage des Geldes. Obwohl die Schweiz international zu den Ländern mit den höchsten Ausgaben pro Schüler auf allen Bildungsstufen zählt (vgl. Grafik Seite 3), hat sie in der PISA-Studie bezüglich Lesekompetenz der Schüler nur mässige Resultate erzielt. Weit mehr als vom Geld sind die Schülerleistungen beispielsweise vom Einfluss der Lehrer oder vom familiären Hintergrund der Schüler abhängig. Als Reaktion auf die PISA-Ergebnisse sehen die kantonalen Erziehungsdirektoren unter anderem vor, die Standardsprache konsequenter zu fördern. Eine besondere Herausforderung bildet die bedeutende Zahl von Jugendlichen, die mit der einheimischen Kultur und der Unterrichtssprache nicht vertraut sind. Grundsätzlich ist der soziale Hintergrund ein leistungsprägender Faktor, so dass Bildungs- und Familienpolitik besser zu koordinieren sind.

Rückfragen:

pascal.gentinetta@economiesuisse.ch

rudolf.walser@economiesuisse.ch